Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht III

Abkürzungsverzeichnis XXI

Bibliographie XXXIII

§ 1 Einführung in die Thematik 3

A Die Hausdurchsuchung sowie die Herausgabe und Beschlagnahme von Unterlagen 3

B Forschungsfrage 4

§ 2 Das liechtensteinische Strafprozessrecht und deren die Hausdurchsuchung sowie die Herausgabe und Beschlagnahme von Unterlagen betreffenden Bestimmungen 7

A Der Strafprozess 7

I Das Vorverfahren 8
1 Polizeiliche Ermittlungen 8
2 Antragstellung der Staatsanwaltschaft, polizeiliche und gerichtliche Vorerhebungen sowie gerichtliche Untersuchung 9
3 Anklageerhebung und Zwischenverfahren 13

II Das Hauptverfahren 14

III Das Rechtsmittelverfahren 15
1 Rechtsmittel gegen Urteile 15
2 Rechtsmittel gegen Beschlüsse im Allgemeinen 16
3 Individualbeschwerde an den StGH im Allgemeinen 17

IV Die Hausdurchsuchung und die Herausgabe sowie die Beschlagnahme von Unterlagen als Teil des Vorverfahrens – Abgrenzung 21

V Rechtslage und Praxis in Österreich und der Schweiz im Bereich der Hausdurchsuchung, der Herausgabe von Unterlagen und der Beschlagnahme 23
1 Die Hausdurchsuchung sowie die Herausgabe und Beschlagnahme von Unterlagen im österreichischen Strafprozess 23
1.1 Vor dem Strafprozessreformgesetz BGBl. I Nr. 2004/19 24
a Hausdurchsuchung 25
b Die Beschlagnahme und die Herausgabe von Unterlagen 26
c Die «Versiegelung» 26
d Der Rechtsschutz 29
1.2 Nach dem Strafprozessreformgesetz BGBl. I 2004/19 30
a Die Hausdurchsuchung 31
b Die Sicherstellung von Unterlagen zu Beweiszwecken 34
c Der Widerspruch unter Berufung auf eine gesetzlich anerkannte Pflicht zur Verschwiegenheit im Rahmen der Sicherstellung – «Versiegelung» 40
d Die Beschlagnahme von Gegenständen zu Beweiszwecken nach § 115 öStPOneu 52
e Die Auskunft über Bankkonten und Bankgeschäfte 53
f Rechtsschutz 61
fa Einspruch wegen Rechtsverletzung (§ 106 öStPOneu) 62
fb Die Beschwerde 66
fc Antrag auf Einstellung nach § 108 öStPOneu 71
fd Nichtigkeitsbeschwerde gegen Urteile erster Instanz 74
fe Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes 76
ff Neuerung des Strafverfahrens wegen EMRK-Verletzung nach den §§ 363a ff. öStPO 79
fg Schadenersatz 84
2 Kritische Würdigung der österreichischen Rechtslage 88
3 Die Hausdurchsuchung sowie die Herausgabe und Beschlagnahme von Unterlagen im schweizerischen Strafprozess 93

3.1 Gesetzliche Bestimmungen 93
3.2 Allgemeine Bestimmungen zu den Zwangsmassnahmen 94
3.3 Durchsuchungen 97
a Hausdurchsuchung 99
b Durchsuchung von Aufzeichnungen und Siegelung 103
ba Durchsuchung von Aufzeichnungen 103
bb Triage bei der Durchsuchung 106
bc Siegelung 108
c Entsiegelungsgesuch oder Rückgabe 118
d Entsiegelungsverfahren 120
e Durchsuchung durch die Strafverfolgungsbehörden 126
3.4 Die Beschlagnahme 127
a Die Beweismittelbeschlagnahme 129
b Einschränkungen der Beschlagnahme 132
ba Unterlagen aus dem Verkehr der beschuldigten Person mit ihrer Verteidigung 133
bb Persönliche Aufzeichnungen und Korrespondenz der beschuldigten Person 135
bc Aufzeichnungen und Korrespondenzen, die aus dem Verkehr mit nach Art. 170–173 CH-StPO zeugnisverweigerungsberechtigten Personen stammen 136
bd Ausnahmen vom Beschlagnahmeverbot und Folgen der Geltendmachung 138
c Entscheid über die beschlagnahmten Gegenstände und Vermögenswerte 139
3.5 Herausgabepflicht 141
3.6 «Spezialfall» Verkehrsdaten von Providern 143
3.7 Rechtsschutz/Rechtsmittel im Ermittlungsverfahren 146
a Beschwerde an kantonale Beschwerdeinstanz 146
b Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht 149
3.8 Genugtuung 151

a Genugtuung bei Einstellung oder Freispruch nach Art. 429 Abs. 1 lit. c) CH-StPO 151
b Genugtuung bei rechtswidrigen Zwangsmassnahmen nach Art. 431 CH-StPO 153
c Genugtuung für Dritte nach Art. 434 CH-StPO 154
d Verjährung 155
3.9 Kritische Würdigung der schweizerischen Rechtslage 155
a Fehlender Richtervorbehalt 155
b Fehlende Einheitlichkeit und Klarheit der Zuständigkeitsregelung des Art. 396 CH-StPO 156
c Kein getrenntes Amtshaftungsverfahren 156
d Verweisungstechnik des Gesetzgebers 157

B Historische Entwicklung des liechtensteinischen Strafprozessrechts bis 1988 157

I Die Entwicklung vor der Verfassung von 1862 158

II Die neue Verfassung von 1862 161

III Die österreichische StPO von 1873 162

IV Die Strafprozessnovelle von 1881 sowie deren Revisionen 1884 und 1906 165

V Die liechtensteinische StPO von 1914 (LGBl. 1914 Nr. 3) 167

VI Die Weiterentwicklung der StPO 1914 172

C Die Strafprozessordnung vom 18. Oktober 1988 und deren die Hausdurchsuchung, die Herausgabe und die Beschlagnahme betreffenden Revisionen 173

I Die Einführung der «neuen» StPO 173
1 Rezeptionsvorlage 174
2 Gesetzgebungsverfahren 176
3 Die Fassung vom 18. Oktober 1988 181

II Die nachfolgenden Revisionen der relevanten StPO-Bestimmungen 186
1 Abänderung der Bestimmungen über die Abschöpfung der Bereicherung, den Verfall, die Einziehung, die Geldwäscherei und Bestechung (Revision der StPO durch LGBl. 2000 Nr. 257) 189
2 Die Einführung der Herausgabepflicht nach § 98a StPO im Rahmen des «Anti-Terrorismuspakets» (StPO-Revision LGBl. 2003 Nr. 237) 192
3 Ausbau des Opferschutzes (StPO-Revision LGBl. 2004 Nr. 236) 198
4 Erweiterung des Anwendungsbereichs von § 98a StPO 200
5 Die Revision des Polizeigesetzes (PolG) im Jahre 2007 sowie die 2014 eingefügte Rechtsmittelbestimmung des Art. 35r Abs. 1a PolG für polizeiliche Realakte 203
6 Abänderung von § 98a StPO im Zuge der Revision des RHG im Jahre 2008 209
7 Die Reform 2012 (LGBl. 2012 Nr. 26) 211
7.1 Allgemein 211
7.2 Abänderung und Ergänzung der relevanten Bestimmungen 212
a § 92 StPO 212
b § 93 StPO 213
c § 94 StPO 215
d § 95 StPO 215
e § 96 StPO 219
f § 96a StPO 224
g §§ 97 und 98 StPO 226
h Das Umgehungsverbot der §§ 104d und 108 Abs. 3 StPO 226
7.3 Die «Nachbesserung» 2012 (LGBl. 2012 Nr. 266) 229
7.4 Liberalisierung der Beratung von Schwangerschaftskonflikten 230

8 Die künftige Entwicklung der StPO-Bestimmungen 231

D Zwischenfazit 233

§ 3 Betroffene Grundrechte 235

A Das Grundrecht auf Schutz der «Privat- und Geheimsphäre» als Ausfluss von Art. 32 Abs. 1 LV und Art. 8 Abs. 1 EMRK 236

I Das Hausrecht 242
1 Aufhebung bzw. Durchbrechung des Hausrechts durch die §§ 92 ff. StPO? 243
1.1 Grundsatz 243
1.2 Ausnahmen 244
a Der Landesfürst und sein Stellvertreter 244
b Diplomatische Vertretungen 244
2 Inhaber des Hausrechts 246
3 Vom Hausrecht geschützte Objekte 247
4 Exkurs: Beschränkungen des Hausrechts ausserhalb der StPO 259
4.1 Im Polizeigesetz 259
4.2 Im Verwaltungsrecht 260
4.3 Steueramtshilfe nach dem SteAHG 262

II Das Schriftengeheimnis 265

III Das Bankgeheimnis als Teilgehalt des durch Art. 32 Abs. 1 LV garantierten Schutzes der «Privat- und Geheimsphäre»? 267

B Die Eigentumsgarantie 271

I Rechtsquellen 273

II Anwendungsbereich 274

III Recht auf finanzielle Wiedergutmachung (Amtshaftung) 275
1 Haftung für die Beschlagnahme und Vernichtung von Industriehanf, wenn keine strafbare Handlung vorliegt? 278

2 Haftung für den bei einer Hausdurchsuchung zulasten eines Dritten entstandenen Sachschaden ... 281
3 Haftung für den aufgrund einer Hausdurchsuchung entgangenen Gewinn einer AG? ... 282

C Das Recht auf wirksame Verteidigung ... 286

I Rechtsquellen ... 286

II Geltungsbereich ... 288

III Relevante Teilgehalte und deren gesetzliche Ausgestaltung ... 293
1 Recht auf Information und Übersetzung ... 295
2 Recht auf Verteidiger ... 298
3 Nemo tenetur ... 304
3.1 Umgehungsverbot § 108 Abs. 3 StPO ... 308
a Geschützte Berufsgeheimnisträger ... 312
aa Grundidee und allgemeine Abgrenzungsproblematik ... 312
ab Rechtsanwälte und Rechtsagenten ... 316
ac Wirtschaftsprüfer ... 319
ad Patentanwälte ... 322
ae Psychiater, Psychotherapeuten und andere ausgewählte Sozialberufe ... 323
af Medienschaffende ... 324
ag Geistliche ... 326
ah Nicht durch ein Aussageverweigerungsrecht bzw. ein Umgehungsverbot der StPO geschützte Berufsgeheimnisträger ... 327
b Geschützte Informationen ... 331
c Beschlagnahmeverbot oder blosses Verwertungsverbot? ... 337
d Entwicklung in der liechtensteinischen Rechtsprechung ... 338
3.2 Recht auf Versiegelung ... 352

a Zeitpunkt des (relevanten) Grundrechtseingriffs? 355
b Schutz gegen die Teilnahme ausländischer Beamter bei der Durchsuchung von Papieren in Rechtshilfeverfahren? .. 356
c Urkundenaussonderungsverfahren oder Entsiegelungstagsatzung als Folge der Versiegelung 356
d Zuständigkeit für die Triage bei Unterlagen eines Rechtsanwalts 358
e Heilung der Verletzung des Teilnahmerechts des Betroffenen einer Hausdurchsuchung durch («prophylaktische») Versiegelung? 359
f Voraussetzungen der Versiegelung 360
fa Ständige Rechtsprechung bis 2013 360
fb Neue Rechtsprechung des StGH (StGH 2013/2) 366
fc Die Praxis nach StGH 2013/2 373
g Analoge Anwendung von § 112 öStPOneu bei strafprozessual geschützten Verschwiegenheitsrechten (StGH 2014/127 bzw. StGH 2015/20) 378

D Beschwerderecht 385

I Rechtsquellen auf Verfassungsebene 385

II Gesetzliche Umsetzung 386

III Beschwerdelegitimation 388

IV Beschwerdegrund 393

V Wirkung der Beschwerde 395

§ 4 Eingriffsvoraussetzungen 397

A Gesetzliche Grundlage 398

B Öffentliches Interesse 399

I Der Verdacht 402
1 Der «gegründete» oder «konkrete» Verdacht 403
2 Schweregrad des vermuteten Delikts 406

3 Verdacht gegen unbekannte Täterschaft ausreichend 407
4 Verbot der «fishing expedition» und Eigenheiten des Wirtschaftsstrafrechts 409
5 Entkräftung des Verdachts? 412

II Ausnahmen: Der aus einem Rechtshilfeverfahren bzw. einer auf einem Ersuchen basierenden Verdachtsmitteilung stammende Verdacht 414

C Verhältnismässigkeit 418

I Geeignetheit 421

II Erforderlichkeit 424

III Verhältnismässigkeit im engeren Sinn (Zumutbarkeit und Proportionalität) 425

IV Exkurs: Verhältnismässigkeit in Bezug auf die Folgen einer Grundrechtsverletzung 428

D Kerngehaltsgarantie 429

E Richtervorbehalt 431

I Grundsatz 432

II Ausnahmen 432

§ 5 Die Zwangsmassnahmen 435

A Die Hausdurchsuchung 435

I Die Hausdurchsuchung im Strafverfahren 437

II Gegenstand der Suche 438

III Ausnahme: Hausdurchsuchung durch die Landespolizei ohne gerichtlichen Beschluss 440

IV Ablauf einer Hausdurchsuchung mit Gerichtsbeschluss 448

1 Vorbereitung der Durchsuchung und Teilnahme des Untersuchungsrichters ... 448
2 Vorgängige Einvernahme ... 450
3 Übergabe des Beschlusses ... 454
4 Beizug weiterer Personen ... 457
4.1 Inhaber oder seine Vertretung ... 457
4.2 Vertrauensperson ... 460
4.3 Gerichtszeugen und Protokollführer ... 461
4.4 Verteidiger und Staatsanwalt ... 464
4.5 Standesvertretung ... 467
5 Die Durchsuchung ... 468
5.1 Abgrenzung der Durchsuchung von anderen Eingriffen ins Hausrecht im Strafverfahren ... 469
5.2 Verschiedene Durchsuchungshandlungen ... 470
5.3 Sicherung der Gegenstände ... 472
5.4 Beendigung der Durchsuchung ... 473
5.5 Exkurs: Unzulässigkeit der «online»-Durchsuchung mittels «Spyware» ... 474
6 Protokollierung ... 475

V Zufallsfunde ... 477

B Die Herausgabe ... 479

I Allgemeine Herausgabepflicht nach § 96 Abs. 2 StPO ... 481
1 Erscheinungsformen ... 483
1.1 Herausgabeaufforderung als Teil eines «einfachen» Beschlagnahmebeschlusses ... 484
1.2 Beschlagnahmebeschluss als Teil des Hausdurchsuchungsbefehls ... 485
2 Durchsetzung ... 486

II § 98a Abs. 1 StPO ... 488
1 Anwendungsbereich ... 490
1.1 Sachliche Eingrenzung ... 490

1.2 Beschränkter Adressatenkreis ... 492
2 Gegenstand der Auskünfte bzw. Unterlagenedition ... 493
3 Form der Herausgabe ... 496
4 Mitteilungsverbot ... 498
5 Durchsetzung bei Weigerung ... 501
6 Rechtsschutz ... 502
7 Verbot der Selbstbelastung? ... 504

C Sicherstellung durch die Landespolizei ... 506

D Die Beschlagnahme von Unterlagen ... 510

I Unterlagen als Gegenstand und Objekt der Beschlagnahme ... 511
1 Beweistaugliche Gegenstände ... 511
2 Unterlagen im Speziellen ... 511
3 Abgrenzungen ... 515
3.1 Objekte, bei denen keine Beschlagnahme notwendig ist ... 515
3.2 Objekte, bei denen keine Versiegelung möglich ist ... 515
4 Wertpapiere ... 516
5 Unterlagen in Papierform – Originale oder Kopien? ... 517
6 Elektronische Daten ... 520
6.1 Praxis vor der Schaffung von § 96 Abs. 2a StPO ... 520
6.2 § 96 Abs. 2a StPO ... 521
6.3 Polizeiliche bzw. gerichtliche Praxis ... 523
6.4 Beschlagnahme von Daten auf externem Server oder der «Cloud» durch Zugriff vom Betroffenen aus ... 524
6.5 Zugriff auf Daten eines Nutzers beim Provider selbst ... 527

II Das «in Beschlag»-Nehmen ... 530

III Dauer und Form der Aufrechterhaltung der Beschlagnahme ... 533

IV Aufhebung der Beschlagnahme ... 535

1 Grundsatz: Rückstellung an den Betroffenen (§ 96 Abs. 4 StPO) 535
2 Rückstellung an den Geschädigten (§ 259 StPO) 537
3 Fremdes Gut (§§ 266 ff. StPO) 538
4 Kritik 540

V Spezialfall: Beschlagnahme von Unterlagen in einem Amt 541
1 Herausgabe von Behördenakten 542
2 Unterlagen von Angestellten der Landesverwaltung oder der Gemeinden bzw. Angestellten öffentlicher Anstalten 549

E Besonderheiten des Rechtsschutzes 551

I Aufschiebende Wirkung bzw. vorsorgliche Massnahmen bei Rechtsmitteln 551
1 Im Verfahren vor den ordentlichen Instanzen 551
2 Im Verfahren vor dem StGH 554

II Kosten der Beschwerdeführung 556
1 Gerichtsgebühren 556
2 Vertretungskosten 559

III Aufsichtsbeschwerden 561
1 Richter 562
2 Polizisten 565
2.1 Nach dem Polizeigesetz und dem LVG 565
2.2 Nach der PolDOV 566
3 Nicht-richterliches Gerichts- bzw. Staatspersonal 567
4 Auskunftsrechte 568

IV Straftatbestände 569

F Besonderheiten des Rechtshilfeverfahrens 570

I Grundsätze des Rechtshilfeverfahrens 571
1 Strafbarkeit im Inland, Fiskalvorbehalt, Rechtsstaatlichkeitsgarantie 571

2 Völkerrechtlicher Vertrauensgrundsatz 573
3 Abstrakte Eignung von Unterlagen 574

II Teilnahme ausländischer Beamter an Hausdurchsuchungen? 579

III Faktische Hemmung des Fristenlaufs bei Verzögerungen durch Beschwerden 602

IV Einschränkung der Anfechtbarkeit von in Rechtshilfeverfahren ergangenen Hausdurchsuchungs-, Herausgabe- und Beschlagnahmebeschlüssen 606
1 Anfechtung nur mit dem das Rechtshilfeverfahren abschliessenden Beschluss und Ausnahmen 606
2 Keine Hemmung des Fristenlaufs trotz fehlender Zustellung von Beschlüssen 611
3 Beschlagnahme von Unterlagen einer gelöschten juristischen Person 616

V Rechtshilfeverweigerung als «ultima ratio» 619

§ 6 Erkannte Probleme und Unstimmigkeiten sowie Verbesserungsvorschläge 621

A Neutraler und unabhängiger Untersuchungsrichter als Rechtsschutzgarant? 621

B Begrenzung der Rezeption der österreichischen Bestimmungen und des Rückgriffs auf österreichische Judikatur durch den Systemunterschied 623

C Folgenlose Verletzung von Ordnungsvorschriften 625

D Unzureichende Kodifizierung 627

I Fehlende Definitionen und fehlende Systematik 627

II Rechtsschutz bei einer Hausdurchsuchung ohne gerichtliche Anordnung 628

III Fehlendes Mitteilungsverbot bei Herausgabeaufforderungen nach § 96 Abs. 2 StPO 630

IV Daten als Gegenstand der Beschlagnahme 631

V Pflicht zur Datenbearbeitung und der «nemo-tenetur»-Grundsatz 633

VI Beschlagnahme von Randdaten – Diskrepanz zwischen Gesetzeswortlaut und Rechtswirklichkeit 635

VII Fehlende rechtliche Grundlage für den Einsatz von Analysesoftware und «Spyware» 637

VIII Fehlende gesetzliche Ausgestaltung der Versiegelung 638

IX Zu beschränkter Anwendungsbereich von § 98a StPO 642

X Fehlende Sanktionsmöglichkeit von Verletzungen des Mitteilungsverbotes 644

XI Teilnahme ausländischer Beamter bei Hausdurchsuchungen in Rechtshilfeverfahren 644

E Überschiessende Kodifizierung 645

I Zu grosszügig ausgestaltete Aussageverweigerungsrechte 645

II Schonungsgebot und gesetzlich vorgeschriebene Teilnehmer an einer Hausdurchsuchung 650

F Kosten 652

I Kostenersatz für Kopien 652

II Gerichtsgebühren im Vergleich zum Rechtsanwaltstarif 653

III Gebühren für Entsiegelungstagsatzung 654

G Gesondertes Verfahren für Schadenersatz (Amtshaftung) 654

H Verzögerungs- und Verschleppungsmöglichkeiten durch die Rechtsschutzmöglichkeiten 655

I Fehlende begrenzende Wirkung der in Art. 15 Abs. 1 StGHG genannten Kriterien «letztinstanzlich» und «enderledigend» 655

II Eingeschränkte Wirkung von Art. 58c RHG aufgrund der StGH-Rechtsprechung 656

III Verbesserungsvorschlag 657

§ 7 Beantwortung der Forschungsfrage 659

A Genügender Rechtsschutz? 659

B Effizienz? 660